



Minister ohne schlüssiges Konzept

Respektverlust gegenüber Polizisten

Das Problem des Respekt- und Autoritätsverlustes gegenüber unserer Polizei ist von der Landesregierung zwar erkannt worden, aber leider fehlen konkrete Maßnahmen zur Gegensteuerung.

Anstatt die Polizei mit besseren Einsatzmitteln und mehr Personal zu stärken, hat der Innenminister einzig Schulungen für Polizisten vorzuweisen, die den betroffenen Beamten den Umgang mit Konfliktsituationen und einen Stressabbau erleichtern sollen.

Mehrmals zitiert der Innenminister in seiner Antwort auf meine kleine Anfrage aus einer NRW Studie „Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Beamte“ um den problematischen Sachverhalt zu relativieren. In dieser Studie steht aber zum Beispiel auch als Handlungsempfehlung, dass mehr Personal benötigt wird, um den enormen Zeitmangel abzubauen, damit die Beamten die angebotenen Fortbildungen sowie Betreuungs- und Beratungsangebote überhaupt wahrnehmen können. Ich vermisse zudem in der Antwort einen gesamtgesellschaftlichen Lösungsansatz. Mehr: <http://kurzlink.de/GGrespektverlust>.

Besuch im Landtag

Angeregte Podiumsdiskussion zur Energiewende



Schülerinnen und Schüler der Brühler Gesamtschule kamen am Mittwoch in den Landtag und diskutierten mit Abgeordneten von CDU, Grünen, Piraten und SPD über Fragen der Braunkohle, regenerativen Energien und dem Zeitrahmen für die Energiewende in Deutschland. Sehr gefreut haben mich das große Interesse der Schülerinnen und Schüler und die hervorragende Vorbereitung durch ihre Lehrerin Astrid Pfeifer. (<http://kurzlink.de/GGbl>)

Änderungen KiBiz beschlossen

Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes beschlossen

In dieser Woche hat das Parlament die KiBiz-Änderungen der rot-grünen Landesregierung beschlossen. Wir halten die neuen Regelungen für gut gemeint, aber schlecht gemacht.

Wir hätten gerne längere Öffnungszeiten ermöglicht und klare Konzepte zur Personalvertretungen bei Urlaub, Krankheit und Fortbildung geschaffen.

Entgegen vorheriger politischer Ankündigungen wurde nicht mehr der Weg eines vollkommen neuen Gesetzes verfolgt, sondern es erfolgte eine Veränderung unter Beibehaltung der Grundstrukturen.

Das bestätigt, dass das ursprünglich unter der CDU-geführte Landesregierung eingeführte Gesetz ein wichtiger und richtiger Schritt war. Damals wurde die individuelle Förderung durch eine kindbezogene Pauschale unterstützt und die Kitas als Ort frühkindlicher Bildung gesetzlich definiert.

Wir hätten einer Anhebung der Kindpauschalen Vorrang vor allen anderen Revisionschritten gegeben. Die neuen Sonderförderungen sind intransparent ausgestaltet, weil sie sich zum Teil nicht voneinander abgrenzen lassen. Zudem führen die nebeneinanderstehenden Bezuschussungen zu einem erheblichen Verwaltungsmehraufwand, der auch von Experten deutlich kritisiert wurde.